

Satzung vom 20.01.2018 aktualisiert
gemäß Beschluss des Kreisparteitages
am 27.03.2023



Satzung des Kreisverbands Rhein-Sieg der Alternative für Deutschland

§ 1 – Name, Sitz und Tätigkeitsgebiet

- 1) Der Kreisverband trägt den Namen der Partei Alternative für Deutschland mit der nachgestellten Bezeichnung Kreisverband Rhein-Sieg. Die Kurzbezeichnung lautet AfD.
- 2) Der Kreisverband hat seinen Sitz in Rhein-Sieg. Das Tätigkeitsgebiet entspricht dem Kreisgebiet von Rhein-Sieg. Das Wirtschaftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

§ 2 – Gliederung

- 1) Der Kreisverband kann Untergliederungen in kreisangehörigen Städten und Gemeinden einrichten (Stadt- bzw. Gemeindeverband). Die Gründung und Auflösungserfolgen auf Beschluss des Kreisparteitags durch den Kreisvorstand. Untergliederungen müssen bei Gründung mindestens sieben Mitglieder haben.
- 2) Stadt- und Gemeindeverbände sind rechtlich unselbständige Untergliederungen des Kreisverbands. Ihre Organisation und innere Willensbildung richten sich nach einem Organisationsstatut, das der Kreisparteitag als Bestandteil dieser Satzung beschließt.
- 3) Der Kreisverband soll den Stadt- und Gemeindeverbänden im Rahmen seiner Möglichkeiten und nach einem einheitlichen Maßstab angemessene Mittel zur Erfüllung ihrer Aufgaben zur Verfügung stellen. Die Funktionsfähigkeit des Kreisverbands darf durch Zuweisungen an die Untergliederungen nicht gefährdet werden.

§ 3 – Mitgliedschaft

- 1) Für die Mitgliedschaft gelten die Bestimmungen der Bundessatzung.
- 2) Die Mitglieder des Landesverbandes werden vom Landesverband aufgenommen und verwaltet, soweit dieser die Aufgaben nicht an nachgeordnete Gebietsverbände delegiert hat.
- 3) Bei entsprechender Delegation nimmt der Kreisverband auf.

§ 4 – Organe des Kreisverbandes

Organe des Kreisverbandes sind:

- a. der Kreisparteitag,
- b. der Kreisvorstand,
- c. die Wahlkreisversammlung.

§ 5 – Der Kreisparteitag

- 1) Der Kreisparteitag ist das oberste Organ des Kreisverbandes. Er ist als ordentlicher oder außerordentlicher Kreisparteitag einzuberufen.
- 2) Aufgaben des Kreisparteitages sind die Beratung und Beschlussfassung über grundsätzliche politische und organisatorische Fragen des Kreisverbandes. Der Kreisparteitag beschließt insbesondere über das Kreiswahlprogramm und die Kreissatzung. Er kann sich eine Geschäftsordnung geben; bis dahin gilt die Geschäftsordnung der Landespartei.
- 3) Der Kreisparteitag wählt den Kreisvorstand sowie die Rechnungsprüfer und ihre jeweiligen Stellvertreter jeweils für ein Jahr.
- 4) Zum Mitglied eines Parteiorgans, als Rechnungsprüfer bzw. als dessen Stellvertreter können auch Abwesende gewählt werden, wenn sie vor der Wahl gegenüber dem Kreisvorstand schriftlich ihre Kandidatur und die Annahme der Wahl erklärt haben.
- 5) Der Kreisparteitag nimmt jährlich den Rechenschaftsbericht des Kreisvorstands entgegen und fasst über ihn Beschluss.
- 6) Der Kreisparteitag findet als Mitgliederversammlung statt.
- 7) Mitglieder, die für die zurückliegende Zeit ihrer Mitgliedschaft mit ihren Mitgliedsbeiträgen für mindestens drei Monate säumig sind, haben auf dem Kreisparteitag kein Stimmrecht.
- 8) Ein ordentlicher Kreisparteitag findet jährlich statt. Er wird vom Kreisvorstand unter Mitteilung von Tagesordnung, Tagungsort, Datum und Uhrzeit mit einer Frist von zwei Wochen an die Mitglieder einberufen. Eine Einladung per E-Mail ist möglich. Im Falle einer Verlegung muss in der gleichen Art eingeladen und eine Frist von einer Woche gewahrt werden.
- 9) Anträge zum Kreisparteitag sind beim Kreisvorstand mit einer Frist von zehn Tagen vor dem Parteitag einzureichen und vor dem Parteitag zu verschicken. Dringlichkeitsanträge sind auch noch auf dem Parteitag möglich, wenn sie von mindestens fünf Prozent der Mitglieder oder dem Vorstand unterstützt werden.
- 10) Außerordentliche Kreisparteitage müssen durch den Kreisvorstand unverzüglich einberufen werden, wenn dies schriftlich unter Angabe der Gründe beantragt wird
 - a. durch mindestens fünf Prozent aller Mitglieder des Kreisverbandes oder
 - b. durch Beschluss des Kreis-, Bezirks- oder des Landesvorstandes. Die Ladungsfrist beträgt zwei Wochen; sie kann in besonders eilbedürftigen Fällen bis auf fünf Tage verkürzt werden.
- 11) Der Kreisparteitag wird durch einen Vertreter des Kreisvorstandes eröffnet. Seine Aufgabe besteht ausschließlich darin, die Wahl einer Versammlungsleitung durchzuführen.
- 12) Der Kreisparteitag und die Beschlüsse werden durch eine vom Kreisparteitag bevollmächtigte Person beurkundet. Diese Dokumentation ist dem Landes- und dem Bezirksverband innerhalb von acht Wochen schriftlich oder per E-Mail zuzustellen.

§ 6 – Der Kreisvorstand

- 1) Der Kreisvorstand besteht aus zwei Sprecher, bis zu drei stellvertretenden Sprechern, dem Schatzmeister und einen stellvertretenden Schatzmeister, die den inneren Vorstand bilden, sowie bis zu fünf Beisitzern. Er darf gemäß den gesetzlichen Vorschriften der Bundesrepublik Deutschland nicht mehrheitlich mit ausländischen Bürgern besetzt werden. Über die Anzahl der stellvertretenden Sprecher und Beisitzer entscheidet der Kreisparteitag mit einfacher Mehrheit unmittelbar vor den entsprechenden Wahlgängen.
- 2) Der Kreisvorstand tritt mindestens einmal vierteljährlich real oder per fernmündlicher Konferenz zusammen. Er wird vom Sprecher oder bei dessen Verhinderung von einem seiner Stellvertreter schriftlich oder per E-Mail mit einer Frist von einer Woche unter Angabe der Tagesordnung und des Tagungsortes einberufen. Bei außerordentlichen Anlässen kann die Einberufung auch kurzfristiger erfolgen.
- 3) Der Kreisvorstand beschließt über alle organisatorischen und politischen Fragen RheinSieg betreffend im Sinne der Beschlüsse des Kreisparteitages. Beschlüsse werden, soweit nicht anders geregelt, mit einfacher Mehrheit getroffen, wenn mehr als die Hälfte der
- 4) stimmberechtigten Mitglieder des Kreisvorstandes anwesend ist bzw. fernmündlich teilnimmt, darunter mindestens zwei Mitglieder des inneren Vorstands. Bei Stimmgleichheit gelten Beschlüsse als abgelehnt.
- 5) Die Mitglieder des Inneren Vorstand sind die gesetzlichen Vertreter des Kreisvorstandes (Vorstand gemäß § 26 BGB). Zwei Mitglieder des Inneren Vorstands vertreten den Verband gemeinsam. Soweit es sich um schuldrechtliche Verpflichtungen von über 500,-€ pro Monat handelt, ist eine Zweidrittelmehrheit gemäß der Zahl von Vorstandsmitgliedern des Inneren Vorstandes erforderlich. Im Übrigen vertreten die Mitglieder des Inneren Vorstands den Verband allein. Im Innenverhältnis dürfen rechtsgeschäftliche Verpflichtungen nur auf Grundlage und im Rahmen eines Vorstandsbeschlusses eingegangen werden. Der Beschluß muß die im Einzelfall einzugehende Verpflichtung nach Zweck und Betrag bezeichnen oder ein Rahmenbudget für hinreichend bestimmte Zwecke vorsehen. Ein Beschluß kommt nur zustande ,wenn eine Zweidrittelmehrheit der satzungsgemäßen Zahl von Vorstandsmitgliedern des Inneren Vorstand der Verpflichtung zustimmen.
- 6) Die Mitglieder des Kreisvorstandes sind zu allen Beratungen der Stadt- und Gemeindeverbände rechtzeitig einzuladen und haben dort Rederecht.

§ 7 – Mandatsträgerabgaben auf kommunaler Ebene

- 1) Mitglieder von Kommunalvertretungen mit dem Mandat der Partei Alternative für Deutschland, die Entschädigungen und weitere Bezüge erhalten, haben gegenüber dem Kreisverband neben ihren satzungsmäßigen Mitgliedsbeiträgen Sonderbeiträge in Form von Mandatsträgerabgaben zu leisten. Sachkundige Bürger und Einwohner sind von dieser Regelung ausdrücklich ausgenommen.
- 2) Die Mandatsträgerabgabe beträgt 10% der jeweiligen Entschädigungen und weiteren Bezüge. Die Mandatsträgerabgabe ist monatlich an den Kreisverband zu leisten.

§ 8 – Die Wahlkreisversammlung

- 1) Für die Aufstellung der Bewerber für Wahlen zu Volksvertretungen gelten die Bestimmungen der Wahlgesetze, der Bezirkssatzung und dieser Satzung.
- 2) Die Wahlkreisversammlung wird als Mitgliederversammlung entsprechend den Regelungen für Landesparteitage durchgeführt. Sie wird vom Bezirksvorstand einberufen, wenn dieser das Einladungsrecht nicht an den Kreisvorstand delegiert.
- 3) Die Bewerber sind in geheimer Wahl zu wählen. Jeder stimmberechtigte Teilnehmer der Versammlung ist vorschlagsberechtigt. Den Bewerbern ist Gelegenheit zu geben, sich und ihr Programm der Versammlung in angemessener Zeit vorzustellen (§21 Abs. 3 BundeswahlG, §18 Abs. 2 LandeswahlG, §17 Abs. 2 KommunalwahlG).
- 4) Bewerber sollen der Versammlung die Art ihrer Einkünfte offenlegen sowie eine steuerliche Unbedenklichkeitsbescheinigung beibringen und die Erfüllung ihrer satzungsmäßigen Beitragspflicht glaubhaft machen.

§ 9 – Satzungsänderung

- 1) Änderungen der Kreissatzung können nur von einem Kreisparteitag mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen gültigen Stimmen beschlossen werden.
- 2) Über einen Antrag auf Satzungsänderung kann nur abgestimmt werden, wenn er mindestens zehn Tage vor Beginn des Kreisparteitages beim Kreisvorstand eingegangen ist und eine Woche vor dem Kreisparteitag an alle Mitglieder verschickt wurde. Satzungsänderungsanträge können keine Dringlichkeitsanträge sein.

§ 10 – Auflösung und Verschmelzung

Für die Rechtswirksamkeit von Beschlüssen über die Auflösung oder Verschmelzung des Kreisverbandes gelten die entsprechenden Regelungen der Bundessatzung.

§ 11 – Geltung der Satzung

- 1) Die Bestimmungen der Bundes-, Landes- und Bezirkssatzungen gehen dieser Satzung vor. Widersprechende Bestimmungen der Kreissatzung sind nichtig.
- 2) Sollten einzelne Bestimmungen dieser Satzung ganz oder teilweise unwirksam oder nichtig sein oder werden, so wird dadurch die Wirksamkeit der Satzung im Übrigen nicht berührt.
- 3) Der Kreisverband verpflichtet sich, die unwirksame oder nichtige Bestimmung zügig durch diejenige wirksame Bestimmung zu ersetzen, die dem rechtlich Gewollten rechtswirksam möglichst nahekommt.
- 4) Die Satzung tritt mit Beschluss durch den Kreisparteitag am 5. Juni 2013 in Kraft.